

BEZAHLSTUDIUM

Studenten bleiben Gegner der Gebühren

Nur Bayern und Niedersachsen halten am Bezahlstudium fest. Angeblich macht das die Studenten zu enthusiastischen Kunden ihrer Hochschulen. Umfragen belegen das Gegenteil.

© Ralph Orlowski/Getty Images



Gegen die Einführung von Studiengebühren gab es massive Proteste. Die Akzeptanz ist immer noch gering.

Als Markus Voeth 2007 den Gebührenkompass erfand, wähnte er sich auf der Höhe der Zeit. Ein Bundesland nach dem anderen war in den Monaten zuvor auf den Studiengebührengzug aufgesprungen, verlangte von da an 500 Euro pro Student und Semester, die Rektoren schwärmten von den neuen Möglichkeiten, die sich ihnen da böten. Und Voeth, Marketingprofessor an der Universität Hohenheim, dachte: »Wenn Studenten zahlen, werden sie quasi zu Kunden. Und wenn sie Kunden sind, dann sollten wir sie nach ihrer Zufriedenheit fragen.«

Vier Jahre später geht der Gebührenkompass in seine fünfte Auflage. Erneut haben Voeth und seine Mitarbeiter Tausende Studenten an Dutzenden Hochschulen deutschlandweit um ihre Meinung gebeten, und noch immer kann von Zufriedenheit keine Rede sein. Im Gegenteil: Fast drei Viertel (72 Prozent) aller befragten Studenten fordern die Abschaffung der Campus-Maut – sechs Prozentpunkte mehr als 2010. Eklatant schlechte Werte für eines der Lieblingsprojekte deutscher Hochschulreformer – hatte es doch einst geheißen, die Ablehnungsfront würde bald bröckeln, wenn die Studenten erst spürten, was sie im Alltag an den Gebühren hätten.

INFOGRAFIK



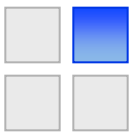
© ZEIT-Grafik

Klicken Sie auf das Bild, um die Grafik zu vergrößern.

Trotzige Sätze vom bayerischen Wissenschaftsminister

»Natürlich hätte ich mir bessere Ergebnisse gewünscht«, sagt Voeth, der sich selbst zum mittlerweile deutlich geschrumpften Lager der Gebührenbefürworter zählt. »Aber genau das ist Wissenschaft, wenn die eigene Meinung nicht

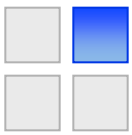
über die Ergebnisse einer Studie entscheidet.« Sein altes Ziel, mit der bundesweit größten Umfrage zum Thema Studienbeiträge auf der Höhe der Zeit zu sein, hat Voeth damit auf andere Weise erreicht als einst gedacht – denn längst hat sich der Trend umgekehrt: Zwei Bundesländer haben die unpopuläre Geldeintreiberei bereits wieder beseitigt, in drei weiteren ist die Abschaffung geplant, allein die Regierungen von Niedersachsen und Bayern geben sich unbeugsam. »Ein Studium in Bayern ist begehrt wie nie!«, bekräftigt Bayerns Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP). Die Gebühren wieder abzuschaffen, »nur weil die **neue Regierung in Baden-Württemberg dies plant**«, sei wenig plausibel. Doch selbst Heubischs niedersächsische Kollegin Johanna Wanka (CDU) räumt ein: »Die **Diskussion über Studiengebühren** wird auf jeden Fall schwieriger, wenn nur noch zwei Bundesländer sie erheben.«



Und der Druck wächst weiter: Laut Gebührenkompass plädieren mittlerweile 74 Prozent der in Bayern befragten Studenten für das sofortige Ende des Bezahlstudiums – beachtliche 13 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. In Niedersachsen verlangen sogar 82 Prozent den Gebührenstopp, der höchste Wert aller fünf Bundesländer, in denen zurzeit noch Gebühren erhoben werden. »Die Niedersachsen und Bayern sehen mit einer Mischung aus Freude und Neid mit an, wie sonst überall die Gebühren verschwinden«, sagt Voeth. Das

mobilisiere sie offenbar zusätzlich, »denn dass die konsequente Ablehnung der Gebühren zum Erfolg führt, sehen sie ja an ihren Kommilitonen im Rest der Republik«.

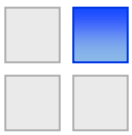
Und damit nicht genug: Ein weiteres Argument scheint den verbliebenen Gebührenfans abhandenzukommen – dass die Studienqualität nach Abschaffung der Studienbeiträge abnehmen werde. In den Noch-Gebührenländern befürchten dies immerhin 34 Prozent der Befragten. In **Hessen** und im **Saarland** hingegen, wo seit verganginem Jahr keine Rechnungen mehr verschickt werden, klagen lediglich 12 Prozent, dass sich die Bedingungen tatsächlich verschlechtert hätten.

**Seite 2/2: Gebühren führen zu anspruchsvolleren Studenten****Im Saarland klappt die Kompensation bislang**

Dass es nicht mehr sind, wundert Volker Linneweber, Präsident der Universität des Saarlandes, überhaupt nicht: »Die Landesregierung hält ihr Versprechen. Die Kompensation für die abgeschafften Gebühren kommt bei uns an.« Zehn Millionen Euro macht die Jamaikakoalition im zweitkleinsten Bundesland dafür allein an Linnewebers Universität locker. »Hinzu kommt: Wir sparen uns den ganzen Ärger mit den Studenten und all die Bürokratie beim Eintreiben.« Dass die Regierung künftig das Geld einfach wieder einsacken kann, glaubt der Uni-Chef nicht. »Das ist extra ausgewiesen, und wir haben glücklicherweise einen sehr aufmerksamen Rechnungshof.«

Also ist er am Ende ganz froh über die Abschaffung? Das dann doch nicht. »Ich befürchte, die Studenten könnten wieder passiver werden und weniger Leistung von ihrer Uni einfordern, als sie es mit dem Argument ihrer Gebühren getan haben.« Zudem hätten die Ausgleichszahlungen einen gewichtigen Haken: Während die Uni die Studiengebühren noch ausgeben konnte, ohne im Gegenzug mehr Studenten aufnehmen zu müssen, führt die Einstellung von neuem Personal jetzt automatisch zu höheren Studentenzahlen. »Kapazitätswirksamkeit« lautet der Fachbegriff, der immer dann gilt, wenn Steuergelder zum Einsatz kommen. Und diese Regelung tue richtig weh, da der Zusatznutzen für jeden einzelnen Studenten verschwinde. »Gerade mehr Personal könnten wir in vielen Studiengängen brauchen«, sagt Linneweber.

Frustrierend für die Befürworter der Campus-Maut dürfte zudem sein, dass sich die Meinung der Studenten darüber, ob ihr Geld vernünftig ausgegeben wird, zwar seit 2007 kontinuierlich verbessert, dies aber keine Auswirkung auf die Akzeptanz der Gebühren hat. So bewerteten die Studenten im erstmals als Onlinebefragung durchgeführten, nicht repräsentativen



Gebührenkompass die Verwendung ihrer Mittel auf der Notenskala mit einem schwachen Befriedigend (3,74), während sie im ersten Jahr der Befragung noch ein Mangelhaft (4,55) verteilt hatten. Gleichzeitig sagen 62 Prozent, ihre Hochschule informiere sie ausreichend über den Verbleib der Gelder, 2007 hatten dies nur 15 Prozent so empfunden.

Vor allem drei Maßnahmen müssten erfüllt sein, damit die Zufriedenheit der Studenten zunehme, haben die Forscher ermittelt: Die Mittel müssen erstens sachgerecht eingesetzt werden, vor allem für die Verbesserung von Lehre und Infrastruktur; zweitens müssen die Studenten in den Prozess der Gebührenverteilung gleichberechtigt eingebunden sein; drittens wollen sie über die Verwendung der Gelder umfassend informiert werden. Und tatsächlich haben die meisten Rektoren nach holprigem Start ihre Hausaufgaben gemacht: Sie haben mit der Einstellung von Tutoren und Dozenten die Lerngruppen verkleinert; bis auf wenige Streitfälle haben sie die Gelder nie gegen den Willen der Studenten investiert (Linnewebers Uni zum Beispiel hat ein einst mit Gebührenmitteln geplantes, von den Studenten heftig bekämpftes Bauprojekt nie umgesetzt); und sie haben Websites eingerichtet, wo sich der Verbleib jedes einzelnen Euro nachvollziehen lässt.

Ihre Hoffnung, all die Bemühungen würden sich in einer größeren Beliebtheit der Gebühren niederschlagen, hat sich dennoch nicht erfüllt – zu grundsätzlich sind die Ressentiments. So dürfte der Gebührenkompass 2011 ein weiteres Argument liefern, die Gebühren auch in den verbliebenen zwei Bundesländern abzuschaffen. Und der Marketingexperte Markus Voeth dürfte einmal mehr auf der Höhe der Zeit sein, wenn er sagt: »Unser fünfter Gebührenkompass war zugleich unser letzter. Wenn die Studienbeiträge überall abgeschafft werden, brauchen wir auch nicht mehr nach der Zufriedenheit der Studenten mit ihrer Verwendung zu fragen.«